



### HOAI-Novelle noch im Sommer

Das Bundeswirtschaftsministerium hat einen wesentlich überarbeiteten Entwurf für die Neufassung der Verordnung über Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) vorgelegt. Das Kabinett will Ende April darüber entscheiden, anschließend folgt der Bundesrat. Ziel ist, die Novelle noch im Sommer zu verabschieden. Die Honorarfestsetzung soll künftig mit Hilfe des Baukostenberechnungsmodells von den tatsächlichen Baukosten abgekoppelt werden. Grundlage sind nunmehr die Berechnungen aufgrund der Entwurfsplanung. Mit Hilfe eines Bonus-Malus-Systems werden neue Anreize zum kostengünstigen und qualitätsbewussten Planen und Bauen geschaffen. Die staatlichen Honorarvorgaben sind nur noch auf die Planung beschränkt. Beratungsleistungen können ebenso wie bei den rechtsberatenden Berufen und wie bei sonstigen gutachterlichen Leistungen im Wirtschaftsleben künftig frei vereinbart werden. Mehr Vertragsfreiheit und bessere Anreize für wirtschaftlich vernünftiges Kalkulieren der Büros bringt auch der Wegfall verbindlicher Stundensätze. Um den Vorgaben der europäischen Dienstleistungsrichtlinie zu genügen, wird der HOAI-Anwendungsbereich auf Büros mit Sitz im Inland beschränkt. Im Übrigen bleibt es bei den bisherigen Tafelendwerten (unter anderem 25,56 Mio. Euro im Hochbau) sowie sämtlichen neun Leistungsphasen. Die fast 14 Jahre unverändert gebliebenen Tafelwerte werden durchgängig um 10 Prozent angehoben.

### „Wirtschaftsfonds Deutschland“ - Kredit- und Bürgschaftsprogramm gestartet

Zur Unterstützung von gesunden Unternehmen, die durch die wirtschaftliche Krise vorübergehend und unverschuldet in Finanzierungsschwierigkeiten geraten sind, stellt die Bundesregierung unter dem Dach des „Wirtschaftsfonds Deutschland“ zusätzliche Kredite und Bürgschaften von insgesamt 115 Mrd. Euro bereit. Das darin enthaltene, bereits im Dezember 2008 beschlossene KfW-Sonderprogramm für den Mittelstand wurde kurzfristig durch verbesserte Haftungsfreistellungen und flexiblere Laufzeiten optimiert. Durch transparente Verfahren und klare Vergabekriterien gilt es aus Sicht des PKM, Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

[www.kfw-mittelstandsbank.de](http://www.kfw-mittelstandsbank.de)  
KfW-Servicehotline Tel. 01801 / 24 11 24  
Beratungshotline des BMWi für Mittelständler Tel. 01805 / 616 007

### Bilanzrechtsreform entlastet Mittelstand

Mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) hat der Bundestag die größte Bilanzrechtsreform seit Jahrzehnten verabschiedet. Ziel ist, das altbewährte Handelsgesetzbuch als vollwertige, aber kostengünstigere und einfachere Alternative auf eine Stufe mit den internationalen Rechnungslegungsstandards zu stellen. Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise verzichtete die Koalition auf eine generelle Einführung der umstrittenen Fair-Value-Bewertung von Finanzinstrumenten. Eine besondere Entlastung ist im BilMoG für den Mittelstand vorgesehen: Einzelkaufleute werden von der Pflicht zur Buchführung und der Erstellung eines Inventars befreit, wenn diese an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren nicht mehr als 500.000 Euro Umsatzerlös und 50.000 Euro Jahresüberschuss aufweisen. Weiterhin werden die Werte für Umsatzerlöse und Bilanzsumme von Kapitalgesellschaften außerplanmäßig angehoben und die Schwellen für eine größenabhängige Befreiung von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Konzernabschlusses angepasst. Der Mittelstand wird so pro Jahr um ca. 1,3 Mrd. Euro entlastet. Die begünstigenden Regelungen sollen rückwirkend für das Geschäftsjahr 2008 gelten.

### Datenschutznovelle: PKM für Erhalt des Listenprivilegs

Der Bundestag berät derzeit eine Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG). Der PKM lehnt den vorgesehenen ersatzlosen Wegfall des Listenprivilegs ab und drängt auf entsprechende Korrekturen in den parlamentarischen Beratungen. Denn die praxistaugliche Nutzung von Adressdaten und zielgruppenspezifischen Werbemaßnahmen ist im modernen Wirtschaftsleben unverzichtbar. Gerade für den Mittelstand ist das Direktmarketing ohne Alternative.

### Unternehmensteuerreform 2008: krisenverschärfende Elemente korrigieren

Der PKM hat die Bundesregierung erneut aufgefordert, schnelle Korrekturen an der Unternehmensteuerreform vorzunehmen. Denn Zinsschranke, Verlustvortragsbeschränkung und gewerbesteuerliche Hinzurechnung wirken im derzeitigen Abschwung für viele krisenverschärfend.

